



Lernen und Leistung

24.1.2024 – Die FDP-Fraktion will das Leistungsprinzip an den Schulen stärken. In ihrem Antrag (18/7761) kritisiert die Fraktion, dass trotz unterdurchschnittlichen Abschneidens deutscher Schülerinnen und Schüler bei internationalen Vergleichsstudien Leistungskriterien immer unerwünschter zu werden schienen. So werde die Vergabe von Schulnoten infrage gestellt, Wettbewerbe wie die Bundesjugendspiele würden „marginalisiert“. Dies sei ein „fataler Trend“. Bildung solle vielmehr „wieder auch Lust auf Leistung entfachen“. Die Fraktion legt mit dem Antrag zahlreiche Forderungen an die Landesregierung vor. Sie will u. a. Noten ab Klasse 3 verpflichtend machen. Das Land müsse sich für einen bundesweiten Leistungskonsens einsetzen, der „deutschlandweit das Bekenntnis zu Noten und gemeinsamen hohen Standards“ sichere. Mittlere Schulabschlüsse sollten gestärkt werden, „um alle schulischen Leistungen und unterschiedlichen Talente der Schülerinnen und Schüler angemessen zu fördern und zu würdigen“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Bildung (federführend) überwiesen.

Brückensanierungen

25.1.2024 – Die SPD-Fraktion spricht sich für ein neues Brückenmanagement in Nordrhein-Westfalen aus. Hintergrund sind Brückensperrungen aufgrund von Sanierungsbedarf, zuletzt die der Autobahnbrücke auf der A 42 im Bereich Essen/Bottrop. Es existiere ein Sanierungsstau, der auch aufgrund politischer Fehlentscheidungen und falscher Priorisierung entstanden sei, heißt es in dem Antrag der Fraktion (18/7709). Die Erfahrungen der Vergangenheit hätten gezeigt, „dass die unterschiedlichen formalen Kompetenzen bei der Straßenbaulast zu einem Verschiebepunkt der Zuständigkeit geführt“ hätten. Die

Fraktion fordert daher u. a. eine Stabsstelle der Landesregierung unter Leitung einer Brückenmanagerin/eines Brückenmanagers, „deren Kernaufgaben in langfristiger Planung, Koordination und Kommunikation liegen“ solle. Die Landesregierung solle zudem einen Brückengipfel einberufen, auf dem ein „Gesamtmasterplan Brücken“ vorgelegt werden müsse. Der Antrag wurde wie auch ein Entschließungsantrag von CDU und Grünen (18/7837) zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss überwiesen.

Kommunales Ehrenamt

25.1.2024 – Die Fraktionen von CDU und Grünen wollen die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und kommunalem Ehrenamt verbessern. Unterrepräsentiert seien bislang insbesondere junge Berufstätige sowie Eltern kleiner Kinder, Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen mit Behinderung, heißt es in einem Antrag (18/7768) der Fraktionen. So solle u. a. der Anspruch auf eine kostendeckende Erstattung der notwendigen Betreuungskosten für Kinder und pflegebedürftige Angehörige während der Ausübung des Mandats gesetzlich verankert werden. Zudem solle eine Regelung zur zeitlichen Begrenzung von Rats- und Ausschusssitzungen eingeführt werden. Dies sei ein „wichtiger Schritt, um die Ausübung von Mandaten attraktiver und planbarer zu gestalten“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen angenommen. FDP und AfD stimmten dagegen.

Landwirtschaft

25.1.2024 – Die von der Bundesregierung geplanten Kürzungen bei der Agrardieselerstattung und der Kfz-Steuerbefreiung würden der Landwirtschaft erheblich schaden, heißt es in einem Antrag (18/7756) der AfD-Fraktion. Die Landesregierung solle sich deshalb „auf allen Ebenen“ für die vollständige Rücknahme

der Kürzungen einsetzen. „Medien und etablierte Politik“ hätten von Anfang an versucht, „die legitimen Bauernproteste zu diskreditieren“. Bei einem durchschnittlichen Jahresgewinn 2020/21 von 32.900 Euro würde allein der Wegfall der Agrardieselerstattung den Verzicht eines ganzen Monatsgehalts bedeuten, so die AfD. Die deutsche und nordrhein-westfälische Agrarpolitik lege der Landwirtschaft „nur Steine in den Weg“. So werde der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln „weiter eingeschränkt, begleitet von einer Erhöhung der Bürokratielast“. Es scheine an Wertschätzung für den Beruf der Landwirtinnen und Landwirte durch Politik und Gesellschaft zu fehlen. Der Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Lesen

25.1.2024 – Der Landtag hat ein Maßnahmenpaket beschlossen, mit dem die Freude am Lesen auch außerhalb der Schule gefördert werden soll. Ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP (18/7753) wurde einstimmig angenommen. Die Landesregierung wird u. a. aufgefordert, Initiativen für die Vermittlung von Literatur aus vorhandenen Mitteln zu unterstützen, z. B. Kooperationen von und mit Bibliotheken. Dabei müssten die Auseinandersetzung mit Buch sowie Autorin oder Autor generationsübergreifend möglich sein und ein niedrighwelliger Zugang für Kinder und Jugendliche auch aus bildungsfernen Strukturen gesichert werden. Auch sollen europäische Formate der Literaturvermittlung gestärkt werden. „Lesen ist nicht nur ein grundlegendes Handwerkszeug, sondern ein Tor zu Wissen, kritischem Denken, Kreativität und Empathie“, heißt es im Antrag weiter. Die vergangenen Jahre hätten allerdings gezeigt, dass die Anzahl der Menschen in Deutschland, die nicht ausreichend lesen könnten, weiter zugenommen habe.